

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen (SG/038/2012)

am Donnerstag, 19. April 2012,

16:00 Uhr

**7. Etage, Raum 728,
Ferdinandplatz 2, 01069 Dresden**

Beginn der Sitzung:

16:00 Uhr

Ende der Sitzung:

17:55 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r

Martin Seidel

CDU-Fraktion

Elke Fischer

Peter Krüger

Angelika Malberg

Silke Schöps

Fraktion DIE LINKE.

Katrin Mehlhorn

Hans-Jürgen Muskulus

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christiane Filius-Jehne

SPD-Fraktion

Richard Kaniewski

FDP-Fraktion

Dr. Frank Kroschinsky

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Anita Köhler

Stellvertretende Mitglieder

Margit Haase

Vertretung für Herrn Jens Hoffsommer

Abwesend:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer

Verwaltung:

Kornelia Haase

Bernd Opitz

Katharina Zodehougan

Büro GB5

Büro GB5

Sozialamt/Betreuungsbehörde

Schriftführer/-in:

Helga Hauptmann

Büro der Oberbürgermeisterin

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|---|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------|
| 1 | Qualifizierung des Verfahrens der Belegungsrechte - Ausgestaltung des Vergleichs Vertragsstrafen Privatisierungsvertrag Woba Dresden GmbH | A0587/12 beschließend |
|---|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------|

Nicht öffentlich

- | | | |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------|
| 2 | Umgang mit Altersarmut in Dresden | A0515/11 beratend (federführend) |
| 3 | Kommunale Sozialpolitik zur Bekämpfung von Armut im Alter | A0522/12 beratend (federführend) |
| 4 | Fachthema: Die Dresdner Betreuungsbehörde - Aufgabenschwerpunkte und deren Umsetzung | |
| 5 | Informationen/Sonstiges | |
| 5.1 | Kosten der Unterkunft - Aktuelle Informationen zur Anwendung des schlüssigen Konzeptes | |

öffentlich

Einleitung:

Herr Bürgermeister Seidel stellt die Beschlussfähigkeit fest (7 von 11 Mitgliedern zu Beginn der Sitzung anwesend) eröffnet und leitet die Sitzung.

Die Einladung erfolgte form- und fristgemäß. Die heutige Tagesordnung wird bestätigt. Zur Tagesordnung gibt es keine Einwände.

| | | |
|----------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------|
| 1 | Qualifizierung des Verfahrens der Belegungsrechte - Ausgestaltung des Vergleichs Vertragsstrafen Privatisierungsvertrag Woba Dresden GmbH | A0587/12 beschließend |
|----------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------|

Frau Stadträtin Köhler bringt den Antrag ein.

Als der Vergleich mit der Gagfah angestanden habe, sei dieser ihrer Fraktion in manchen Dingen nicht weit genug gegangen. Sie hätten versucht, Gespräche mit der Gagfah zu führen und auszuloten, inwieweit manche Dinge anders gestaltet werden könnten. Dort hätten sie das Signal bekommen, dass die Gagfah über den Vergleich hinaus bereit sei, zu bestimmten Themen weiter mit der Stadt zu verhandeln. Um diese mündlichen Zusagen und Absichtserklärungen nicht im Sande versickern zu lassen, hätten sie sehr schnell diesen Antrag geschrieben.

Es gehe darum, dass die 2.000 Belegungsrechte aus dem Vergleich über das Stadtgebiet verteilt werden, um keine Gettoisierung zuzulassen. Weiter würden sie sich wünschen, dass aus den Belegungsrechten Zuweisungsrechte würden, weil es schwierig werde, sowohl Asylbewerber dezentral oder Menschen mit Wohnhemmnissen unterzubringen und damit Wohnungslosigkeit vorzubeugen.

Frau Stadträtin Malberg ist der Meinung, dass das jetzige Belegungsrecht auch gleichzeitig ein Zuweisungsrecht sei. Ihrer Meinung nach könne man keinen Vermieter zwingen, bestimmte Mieter aufzunehmen.

Herr Bürgermeister Seidel erklärt, es sei richtig, dass es derzeit kein Zuweisungsrecht gebe, sondern nur ein Vorschlagsrecht. Deshalb sei auch richtig dargestellt, dass im Jahr 2011 rund 100 Vorschläge des Sozialamtes aus den unterschiedlichsten Gründen von der Gagfah abgelehnt wurden, weil Mietschulden bestanden, weil es Schufa-Einträge gab u.a.

Die Verwaltung habe bereits seit der letzten Stadtratssitzung Gespräche geführt. Es könne in jedem Fall über ein Zuweisungsrecht gesprochen werden, wenn die potenziellen Mieter Sozialleistungen nach SGB II, SGB XII und nach Wohngeldgesetz beziehen. Nach diesen drei Gesetzlichkeiten bestehe die Möglichkeit, über eine Vereinbarung die Miete direkt an den Vermieter zu zahlen. Damit verringere sich das wirtschaftliche Risiko für den Vermieter und vor diesem Hintergrund sei auch die Gagfah bereit, eine solche Konstellation mitzutragen.

Herr Stadtrat Muskulus stellt fest, mit dem Punkt 1 des Antrages könne man sich anfreunden. Alles andere müsste im Detail noch geklärt werden. Das Zuweisungsrecht bestehe so wieso, es bestehe aber keine Pflicht des Vermieters, einen Mietvertrag abzuschließen.

Er möchte wissen, ob es eine Übersicht gebe, wie die bisherigen 8.000 Wohnungen sozialräumlich über die Stadt verteilt sind und wenn ja, ob die Möglichkeit bestehe, dass die Stadträte diese Übersicht erhalten können. Das wäre schon wichtig, um festzustellen, dass die zusätzliche 2.00 Wohnungen woanders liegen als die bisherigen 8.000. Ansonsten könne er ja gar nicht überprüfen, ob dies sozialräumlich verteilt sei und damit würde auch der erste Beschlusspunkt gegenstandslos werden.

Herr Bürgermeister Seidel antwortet, seit letzten Freitag existiere die Liste der bisherigen 8.070 Belegungsrechte genau aufgegliedert nach Straßen, Hausnummern und Wohnungsgrößen. Es gebe auch bereits Vorschläge der Gagfah über zusätzliche 2.500 Wohnungen mit einem Verteilungsmodus, wo natürlich immer die Schwierigkeit bestehe, dass dies auch im Wohnungsbestand der Gagfah funktionieren müsse. Diese seien sozialräumlich, schwerpunktmäßig in der Stadt verteilt. Seit Montag werde im Sozialamt geprüft, wo diese Verteilung wäre auch im Vergleich zu den bisherigen 8.000 Wohnungen. Hier bestehe sicher noch Kommunikationsbedarf. Die Wohnungen lägen schon in den einschlägigen Stadtteilen, wo auch jetzt schon die Belegungsrechte bestünden. Das habe auch eine gewisse Logik. Ob es noch andere Möglichkeiten gebe, müsse in den nächsten Wochen geschaut werden.

Frau Stadträtin Haase erklärt, ihre Fraktion würde eine solche Vereinbarung mit der Gagfah begrüßen. Im Nachgang der Stadtratssitzung sei die Gagfah noch einmal auf sie zugekommen und habe um ein Gespräch gebeten. Das habe auch mit Vertretern der Fraktion stattgefunden und dort sei auch signalisiert worden, dass sie bei den Belegungsrechten durchaus Handlungsspielraum sehen. Allerdings würden sie vorschlagen, dass die Gagfah hier in den Ausschuss eingeladen werde. Sie müssten jetzt hier einen Beschluss fassen und die Gagfah habe am Ende andere Intentionen und der Beschluss führe dann nicht zum Ziel. Deshalb laute ihr Vorschlag, heute zu vertagen und die Gagfah in die nächste Sitzung einzuladen.

Herr Stadtrat Kaniewski begrüßt diesen Antrag. Er fragt sich allerdings, ob der Zeitpunkt der richtige sei, jetzt nach dem Stadratsbeschluss zum Vergleich nachzusteuern, ob die Stadt hier in der richtigen Verhandlungsposition sei. Vor dem Hintergrund finde er den Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Gagfah noch einmal dazu mit einzuladen und zu dem Thema zu befragen, gut. Sollte sich heute für die Vertagung keine Mehrheit finden, würde er im Anschluss beantragen, den Antrag in den Stadtrat zu heben, da es auch in seiner Fraktion dazu noch Beratungsbedarf gebe und er das Thema heute nicht abschließend behandeln möchte.

Herr Stadtrat Dr. Kroschinsky hat den Ausführungen von Herrn Muskulus entnommen, dass man einen Vermieter nicht zwingen könne, Klienten einzumieten. Insofern stelle sich ihm die Frage, wie überhaupt dieses verschärfte Belegungsrecht konkret ausgestaltet sein soll, welche Sanktionsmöglichkeiten überhaupt gegeben seien. Weiter möchte er wissen, auf wieviele Anträge sich die 100 Ablehnungen beziehen.

Herr Bürgermeister Seidel kann die letzte Frage jetzt nicht beantworten. Nach seiner Kenntnis handle es sich um eine zweistellige Prozentzahl, bei den Anträgen, die abgelehnt wurden.

Die Verwaltung führe derzeit schon Gespräche auf einem relativ detaillierten Niveau mit der Gagfah, insofern sei aus seiner Sicht der Zeitpunkt sehr gut.

Dieses Zuweisungsverfahren würde funktionieren bei denjenigen, die Sozialleistungen beziehen, weil dort das Risiko des Mietausfalls für den Vermieter auf Null verringert werde, da die Miete direkt an den Vermieter überwiesen werden könne. Insofern habe die Gagfah auch überhaupt kein Problem, dort mitzugehen. Bei allen anderen werde es für die Gagfah schwierig. Dort würde dann auch ein solches Zuweisungsrecht nicht funktionieren.

Herr Stadtrat Krüger fragt zum Verfahren nach, dass der Beirat Wohnen aufgeführt sei, ehe der Ausschuss hier beschließend tätig wird. Auch eine Information sei dort noch nicht erfolgt.

Frau Stadträtin Köhler hat das Gefühl, die Reaktion heute auf diesen Antrag sei eine Art Neid, weil die Bürgerfraktion diesen Antrag eingebracht habe. Die Verhandlungen würden laufen. Jetzt bestehe die Chance, etwas Schriftliches zu vereinbaren.

Es gehe auch darum, z. B. Gewährleistungswohnen in Trainingswohnen, begleitet vom Sozialamt, zu wandeln. Das komme am Ende nicht nur diesen Menschen, sondern der Stadt zugute. Auch jetzt schon habe die Gagfah Hochhäuser mit einer Concierge, wo sehr problematische Mieter seien. Wenn solche Bürger dort untergebracht werden könnten, sei das menschlich in Ordnung, denn es seien Dresdner, und es sei auch für die Stadt ein Vorteil.

Es könne in den Stadtrat gehoben werden, es könne auch zerredet werden, dann hätte Herr Bürgermeister Seidel vielleicht schlechtere Karten bei den Verhandlungen. Sie bitte um eine Zustimmung.

Frau Stadträtin Haase denkt, der Zeitpunkt sei gut. Sie wolle ihren Vorschlag ergänzen, dass die Gagfah in nichtöffentlicher Sitzung angehört werde, auch wenn der Antrag dann öffentlich sei. Deshalb habe sie auch ein Problem damit, den Antrag in den Stadtrat zu heben.

Herr Stadtrat Muskulus erklärt, selbstverständlich unterstütze seine Fraktion den Antrag. Seiner Meinung nach könne das Thema durchaus im Stadtrat behandelt werden.

Herr Bürgermeister Seidel stellt fest, die Zuständigkeit für den Abschluss solcher Verhandlungen liege bei der Verwaltung. Er persönlich halte es für hilfreich, auch politisch unterstützt im Rahmen dieser Verhandlungen zu sagen, die Stadt wolle eine Ausgestaltung dieser Verfahren. In der Vergleichsvereinbarung spielte das eben keine Rolle, deshalb müsse die Gagfah hier nichts tun. Aber, es gebe bei der Gagfah Bewegung und wenn der politische Druck bleibe, sei es auch eine Art Motivation für die Gagfah.

Hier sei man jetzt auf einem Weg, der in den letzten Jahren nicht möglich gewesen sei und er würde diesen auch gern mit einem politischen Rückenwind beschreiten, möglichst auch in einem Zeitraum bevor die Verhandlungen weitergehen oder abgeschlossen seien.

Frau Stadträtin Filius-Jehne möchte für die Vertagung werben, denn wenn sie Herrn Kaniewski richtig verstanden habe, beantrage er eine Hebung in den Stadtrat, wenn dieser Antrag auf Vertagung keine Mehrheit bekomme.

Frau Stadträtin Köhler findet es fast unbeschreiblich. Sie fragt, welche Eitelkeiten hier befriedigt werden sollen. Es sei ein ganz normaler Antrag wie alle anderen Anträge auch, wo die Oberbürgermeisterin beauftragt werde, Dinge zu tun. Werde dann auch immer die entsprechende Gegenseite eingeladen und mit ihr verhandelt? Das sei Sache der Verwaltung. Der Auftrag stehe im Antrag, die Verwaltung müsse es aushandeln und das Ergebnis präsentieren. Da könne es sein, wie bei allen andern Dingen, dass manches nicht machbar sei. Sie finde es auch bedauerlich, dass alle diese Dinge nicht im Beirat Wohnen mit der Gagfah besprochen wurden. Aber eine Vertagung sei ein falsches Signal, Herr Bürgermeister Seidel verhandle bereits und die Politik vertage dieses Thema.

Frau Stadträtin Malberg ist langsam verwundert, dass die Diskussion um den Antrag jetzt so ausufere. Sie habe anfangs auch überlegt, hätte sich jedoch jetzt kurz mit ihren Fraktionskollegen beraten. Es sei ein Handlungsauftrag, der Bürgermeister verhandle bereits, der Antrag sollte jetzt abgestimmt werden. Sie würden den Antrag unterstützen. Die jetzige Diskussion sei beschämend.

Herr Bürgermeister Seidel stellt fest, der nächste Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen finde am 10.05.2012 statt, der Beirat Wohnen am 15.05.2012, also sogar noch nach dem nächsten Ausschuss. Er könne sich vorstellen, bei der Gagfah anzufragen, ob sie am 10.05.2012 hier in den Ausschuss kommen. Aus seiner Sicht spreche aber nichts gegen einen Beschluss dieses Antrages in der heutigen Sitzung. Im Gegenteil, es mache sogar Sinn, wenn die Verwaltung diesen Auftrag heute mitbekomme und dann in der möglichen Ausgestaltung dessen mit der Gagfah rede.

Vielleicht gebe es ja am 10.05.2012 schon einen Entwurf, der im Ausschuss vorgestellt werden könne.

Herr Stadtrat Kaniewski erklärt, es gehe ihm überhaupt nicht um den Antrag. Er sei eigentlich nicht bereit, dem Antrag zuzustimmen, wenn nicht vorher einmal mit der Gagfah kommuniziert wurde. Er würde es für gut befinden, wenn sich der Ausschuss öfter externen Sachverständigen zu Anträgen holen würde. Es sei doch legitim, dieses Anliegen vorzubringen. Er würde gern die Gagfah hören und das nicht nur in bilateralen Gesprächen, wozu sie denn bereit sei. Da sei der Ausschuss möglicherweise eine Option.

Wenn jetzt die Möglichkeit eingeräumt wurde, die Gagfah in der nächsten Sitzung an den Tisch zu holen, wisse er nicht, was dagegen spreche, auch den Antrag das nächste Mal zu beschließen.

Er würde es schade finden, wenn das Thema durch so einen Konflikt jetzt zerredet werde. Er habe nur gesagt, er könne dem Antrag heute nicht zustimmen, ohne die Gagfah vorher gehört zu haben bzw. ohne vorher noch einmal die Chance für eine Beratung zu haben.

Er würde sich freuen, wenn der Vertagung zugestimmt werde. Ansonsten brauche er die Zeit bis zur Stadtratssitzung, um mit seiner Fraktion darüber zu sprechen und dann würde er sich für das Heben in den Stadtrat entscheiden.

Herr Bürgermeister Seidel lässt über den Antrag der Vertagung und Einladung der Gagfah für den 10.05.2012 in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung abstimmen.

Abstimmung: 5/6

Herr Stadtrat Kaniewski hat das Gefühl, dass das Stimmresultat nicht gestimmt habe und bittet um Wiederholung der Abstimmung für die Vertagung.

Frau Stadträtin Malberg bittet um eine kurze Auszeit von 1 Minute.

Nach der Auszeit wird die Abstimmung auf Vertagung wiederholt.

Abstimmung: 11/0/0

Die weitere Beratung des Antrages wird damit vertagt auf den 10.05.2012. Vorher wird die Gagfah in nichtöffentlicher Sitzung zu dem Thema angehört.

Martin Seidel
Vorsitzender

Helga Hauptmann
Schriftführerin

Richard Kaniewski
Stadtrat

Anita Köhler
Stadträtin